

Wehrhaft. Widerstandsfähig. Willensstark.

Die Ereignisse seit 2013 haben die Welt dauerhaft und spürbar verändert: In hoher Dynamik haben sich die Bedrohungsszenarien gewandelt und etablierte Verteidigungsstrukturen in neuer Form herausgefordert. Neue Konfliktformen wie Terrorismus, hybride Kriege und Cyberangriffe setzen auf Spaltung und Destabilisierung ganzer Gesellschaften. Die fortschreitende Vernetzung führt zu einer Globalisierung regionaler Krisen. Geografische Distanzen spielen keine Rolle mehr, viele Entwicklungen haben direkte und indirekte Auswirkungen auf Deutschland und Bayern. Die Grenzen zwischen inneren und äußeren Risiken lösen sich damit zunehmend auf. Die Welt in ihrer neuen Unordnung erfordert ein handlungsfähiges Deutschland in einem stabilen Europa. Nur mit einem ganzheitlichen strategischen Ansatz, der ressortübergreifend agiert, gesamtgesellschaftlich ertüchtigt und auf Partnerschaften baut, können wir Stabilität und Sicherheit schaffen. Garant für ein handlungsfähiges Deutschland ist unsere Bundeswehr. Entscheidend ist aber auch ein Staatsverständnis, das sich nicht auf die Exekutive beschränkt. Wir brauchen eine wehrhafte, widerstandsfähige und willensstarke Gesellschaft, die als Rückgrat eines sicheren und freiheitlichen Deutschland fungiert.

I. Sicherheit durch gesellschaftliche Abwehrstärke

Bewusstsein schärfen, heißt wehrhaft sein: Der Kern unserer Widerstandsfähigkeit liegt in der gemeinsamen Übereinkunft, die Werte unserer westlichen Gemeinschaft zu verteidigen. Wenn Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herausgefordert werden, müssen wir als Gemeinschaft handlungsfähig sein. Jeder einzelne sollte sich seiner Verantwortung, seiner Rechte, aber auch seiner Pflichten als Bürger einer Demokratie bewusst sein. Dieser Bürgersinn muss in allen Teilen der Gesellschaft tiefer verankert werden.

- Wir fordern die Einführung eines **gesellschaftspolitischen Semesters**. In einem theoretischen Anschauungsunterricht sollen Schülerinnen und Schüler erfahren, was unseren Staat und unsere freiheitliche Gesellschaft ausmacht und zusammenhält. Sie sollen ein vertieftes Verständnis für die Bedeutung von Diplomatie und Dialog in der Außenpolitik und die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik als vorausschauende Friedenspolitik und die zentrale Rolle der Bundeswehr bei der Sicherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit erhalten. Die umfassende Staatsbürgerkunde wird durch ein anschließendes Praktikum bei staatlichen, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen oder der Bundeswehr ergänzt. Der Bund unterstützt Länder finanziell und organisatorisch, die diesen Vorschlag umsetzen wollen.
- Wir fordern einen **kritischen Umgang mit Medien** als unverzichtbaren Teil der schulischen **Ausbildung**. Kritisches Denken und ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Instrumente **hybrider Kriegsführung** wie **Fake-News, Propaganda oder Verleumdungen in sozialen Medien** sind essentiell für die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft. Daneben soll eine Stärkung der Deutschen Welle einer ausgewogenen Berichterstattung im Ausland dienen.
- Wir **bekämpfen Radikalisierungen** innerhalb der Gesellschaft und unterbinden extremistische Propaganda ebenso wie die Rekrutierung unserer Bürger und Bürgerinnen für fundamentalistische Ziele. Wir setzen auf einen Dialog der Religionen, der als fester Bestandteil der Schulbildung frühzeitig auf die gemeinsamen Werte hinweist, aber auch auf **unsere gelebte Leitkultur als Grundlage der Integration**.

- Wir müssen den **sicherheitspolitischen Diskurs an Schulen, Universitäten und auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärken**. Die Beteiligung der Bundeswehr an der gesellschaftlichen Debatte muss weiter gefördert und ausgebaut werden. **Jugendoffizieren** der Bundeswehr ebenso wie **Multiplikatoren und Botschafter anderer Ressorts und der Zivilgesellschaft** müssen noch stärker in die öffentliche Debatte integriert werden. Daneben fördern wir die **nationale Reserve** als Bindeglied und Schnittstelle zwischen Bundeswehr und Bevölkerung.
- Die Übernahme von mehr sicherheitspolitischer Verantwortung erfordert ein **gesellschaftliches Selbstverständnis** über unsere außen- und sicherheitspolitischen Interessen und die daraus resultierende Ausrichtung unseres Landes. Deutschland muss bereit sein, willensstark und substantiell als **Impulsgeber** und **verlässlicher Partner** auf der Weltbühne zu agieren und so der gewachsenen Rolle gerecht zu werden.

II. Cyber-Sicherheit als mehrdimensionale Aufgabe

Deutschland als Staat, als politischer Akteur und als Wirtschaftsmacht und Innovationsstandort gerät immer stärker in den Fokus von Cyberattacken. Widerstandsfähigkeit kann in der digitalen Welt nur durch einen ganzheitlichen, mehrdimensionalen Ansatz erreicht werden.

- **IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung und Strategie rücken**. Der Ausbau der Universität der Bundeswehr in München als zentrale Forschungsstelle für Cybersicherheit muss weiter vorangetrieben werden. Gleichzeitig muss der Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik intensiviert, gemeinsame Regelwerke und Prozesse zur Verhinderung von Angriffen erarbeitet werden.
- Wir wollen unsere Bundeswehr nicht nur mit Cyberabwehr-, sondern auch mit **Cybereinsatz-Fähigkeiten für militärische Digital-Offensiven** ausstatten. Eine moderne Armee muss sich gegen analoge wie virtuelle Angriffen mit allen technologischen Mitteln zur Wehr setzen und entsprechende Fähigkeiten auch in eigene Einsätze einbringen können. Die Konflikte der Zukunft sind digital – und ein wehrhaftes Deutschland muss in der Lage sein, diese zu führen. Auf europäischer Ebene fordern wir eine Standardisierung und Regulierung der IT-Sicherheit und IT-Defence.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Normen zur **Anwendung des Völkerrechts** im Cyberraum rechtliche Gültigkeit erlangen oder neue Regelungen – auch national – entwickelt werden.
- Wir brauchen gemeinsame Präventionsmechanismen und Frühwarnsysteme mit unseren europäischen und NATO-Partnern. Wir fordern **verlegbare Cyber-Unterstützungsteams der NATO**, die Interoperabilität und Krisenmanagement garantieren.

III. Sicherheit durch vernetztes Handeln

Die komplexe Natur der aktuellen Herausforderungen macht ein **umfassenderes Sicherheitsverständnis** und **vernetzte Konzepte** unumgänglich. Wir brauchen ein integriertes nationales Sicherheitskonzept, das alle Politikfelder miteinschließt. National, international und lokal muss die ressort- und institutionenübergreifende Abstimmung, Bündelung oder Arbeitsteilung weiter optimiert werden. Unser Handeln ist daher eng eingebunden in europäische oder multilaterale Entscheidungsstrukturen – wie die

Europäischen Union (EU) oder die NATO. Ad-hoc-Koalitionen sind bisweilen eine Lösung in kritischen Lagen, aber auf begründete Ausnahmefälle zu begrenzen.

- Sicherheit muss als **umfassende menschliche Sicherheit** verstanden werden, ausgehend von der Würde des Menschen. Wenn wir in nachhaltige Entwicklung investieren, wenn wir gegen Klimawandel, Armut und Hunger vorgehen, festigen wir Frieden und Sicherheit in der Welt. Programme zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind hierfür wichtige Stabilitätsfaktoren. Diese zivilen Komponenten bedürfen oft militärischer Unterstützung, um Sicherheit für den Einsatz ziviler Kräfte zu schaffen oder die Ertüchtigung örtlicher Sicherheitskräfte zu ermöglichen.
- **Entwicklungspolitik muss bereits in Deutschland beginnen.** Tausende junge Menschen suchen vorübergehend Schutz und Asyl in Deutschland und werden mittelfristig in ihre durch Krieg und Gewalt zerstörte Heimat zurückkehren. Diese Menschen sollen in ihrer Heimat als **Botschafter demokratischer Werte und als Pioniere des Wiederaufbaues** fungieren. Wir müssen diese Menschen mit handwerklichen und methodischen Fähigkeiten ausstatten, die ihnen als Starthilfe zum Wiederaufbau ihrer Heimat dienen.
- Wir fordern eine **zentrale Koordinierungsstelle** zur besseren Planung, Führung und Evaluation von vernetztem Engagement. **Ressortübergreifendes Handeln** innerhalb der Bundesregierung ist Grundvoraussetzung: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen, ebenso wie Handels-, Energie und Umweltpolitik, Hand in Hand gehen. Die bestehenden Strukturen der Koordinierung sind auszubauen.
- Wir wollen einen **parlamentarischen Beirat Vernetzte Sicherheit**, der die verteidigungs-, entwicklungs- und außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung auf Seiten des Deutschen Bundestages kontrolliert.
- Für eine engere Kooperation aller relevanten Akteure muss bereits die **universitäre Ausbildung ressortübergreifend angelegt** sein – wie beispielsweise mit einem neuen Studiengang „Vernetztes Sicherheitsmanagement“. Hier sollen den Experten von morgen die **erforderlichen Querschnittsfähigkeiten** vermittelt werden. Der **Ausbau bestehender Strukturen** und die **Errichtung von nationalen und europäischen Kompetenz- und Übungszentren** müssen gefördert werden.
- Wir fordern weiterhin eine **konsequente Orientierung am 2 % NATO-Ziel** bei den Verteidigungsausgaben sowie am **0,7 % Ziel der ODA-Quote** in der Entwicklungshilfe. Mittelfristig benötigen wir einheitliche Kriterien sowie die Ausweitung der NATO-Zielvorgaben unter Berücksichtigung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs (Entwicklungszusammenarbeit, Polizeieinsätze, Krisenprävention). Daher sind jetzt schon **parallele Mittelerhöhungen** notwendig, sowohl für militärische Zwecke wie auch für zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit oder Sicherheitskooperationen.
- Wir stehen für die **Achtung und Durchsetzung des Völkerrechts**. Stabilität und Sicherheit brauchen allgemeine und verbindliche Regeln. Dazu fordern wir eine **gestärkte und handlungsfähigere UNO**.

IV. Sicherheit durch eine starke Bundeswehr

Garant unserer Sicherheit und Freiheit ist die Bundeswehr. Respekt, Dank und Anerkennung schulden wir unseren Soldatinnen und Soldaten für ihre Bereitschaft unsere Heimat mit Leib und Leben zu verteidigen. Die zunehmende internationale Verantwortung unseres Landes und das veränderte Sicherheitsumfeld haben zu erweiterten Anforderungen an die Bundeswehr geführt. Mit Blick auf die jahrelangen Einsparungen im Zuge der Friedensdividende ist – neben Verpflichtungen des internationalen Krisenmanagements und

anderen Aufgaben – vor allem eine stärkere Akzentuierung der **Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung** notwendig. Entscheidend sind zudem eine starke NATO und eine Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Nur in einem starken europäischen Verteidigungsverbund mit einem effizienten Zusammenwirken der Streitkräfte können wir international wirksam agieren.

- **Fähigkeitsspektrum der Bundeswehr für die Zukunft ausbauen:** Die Bundeswehr benötigt auch künftig ein breites Spektrum an Fähigkeiten, das erforderliche Personal sowie Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung, die für die uneingeschränkte Wahrnehmung all ihrer Aufgaben erforderlich sind. Das Leistungsvermögen der Bundeswehr muss daher neu bewertet und ausgestaltet werden. Insbesondere die Durchhalte- und Durchsetzungsfähigkeit der Luftwaffe muss dabei garantiert werden. Insbesondere die bedarfsorientierte Vernetzung von Forschung, Entwicklung, Industrie und Bundeswehr sind zu intensivieren.
- **Multinationalität und Integration intensivieren:** Die im Rahmen des „**Framework-Nation**“-Konzepts initiierte Zusammenarbeit von aktuell 15 europäischen Staaten in der NATO muss weiter vorangetrieben werden. Als Rahmennation und wichtiger Stabilitätsanker in Europa ist Deutschland bereit, hierbei mehr Verantwortung zu übernehmen und als Treiber und Moderator zu agieren. Mit Blick auf die rund 1,5 Millionen Soldatinnen und Soldaten gilt es in Europa, das Zusammenwirken der Streitkräfte auszubauen und effizienter zu gestalten. Durch weitere bilaterale und multilaterale Kooperationen muss eine optimierte Integration der Bundeswehr mit den Streitkräften anderer EU-Staaten angestrebt werden. Die **flexiblen Kooperationsmöglichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten im Verteidigungsbereich** (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) müssen hierzu intensiver genutzt werden. Auch im **wehrtechnischen Sektor** muss europäisch gedacht werden.
- **Aufgabenorientierte Ausstattung sichern:** Zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten muss die Bundeswehr mit modernster Ausrüstung ausgestattet sein. Es müssen ausreichend Waffensysteme und Munition zur Verfügung gestellt werden, um Ausbildungs- und Einsatzbetrieb parallel zu ermöglichen. Durch die **Trendwende „Material“** muss der Truppe zügig benötigte Ausrüstung zugeführt werden. Wir bekennen uns klar zu den zukunftsweisenden Rüstungsprojekten (Euro-Drohne, TLVS, MKS180, etc.) und fordern eine zügige Einführung in die Truppe. Eine verstetigte **Trendwende „Finanzen“** bietet die Basis für Modernisierungen und Fähigkeitsergänzungen.
- **Trendwende „Personal“ konsequent fortsetzen:** Die geplante Aufstockung muss auch tatsächlich erreicht werden. Neben zusätzlichen Mitteln für den Personalaufwuchs müssen die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung unbeirrt fortgesetzt werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss hierzu im Bereich der Personalgewinnung und -erhalts mit neuen Konzepten gearbeitet werden. Hier fordern wir **eine flexiblere Besoldungsordnung** für Soldatinnen und Soldaten sowie die **Weiterentwicklung des Status- und Laufbahnrechts**.
- **Beschaffungsprozesse optimieren:** Die „Agenda Rüstung“ ist ein wichtiger Schritt, um mehr Transparenz und Kontrolle beim Beschaffungsprozess zu gewährleisten. In einem zweiten Schritt sollten Qualifizierungs- und Zertifizierungsprozesse weiter vereinfacht und Verfahrenswege verkürzt werden, damit wir den dringend erforderlichen Zulauf vieler Rüstungssysteme zeitnah garantieren können.
- Wir setzen uns klar für eine **Stärkung der deutschen wehrtechnischen Industrie** ein, insbesondere mit einer konsequenteren Berücksichtigung von kleinen und

mittelständischen Unternehmen. Durch die **Einführung von Mittelstandslotsen** wollen wir insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen fördern. Für die Sicherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit stehen wir für den **Schutz und die Förderung bereits identifizierter nationaler Schlüsseltechnologien**. In der Beschaffungspraxis dürfen wir uns selbst nicht die **Möglichkeit für mehr Direktvergaben** versperren.

- **Die Reserve mitdenken:** Eine stabile Truppen- und Territoriale Reserve dient als stützende Säule der Bundeswehr im Friedensdienst und im Einsatz. Vor dem Hintergrund veränderter Anforderungen und dem vernetzten Ansatz fordern wir ein neues, modernes Reservistenkonzept, das u.a. Wehrübungen flexibler in die zivile Karriere integriert. Daneben setzen wir uns für eine anpassungsfähige Gestaltung bei Gesundheitsfragen und Teilzeitmodellen sowie eine moderne Ausrüstung und IT-Ausstattung am Arbeitsplatz und den Ausbau des Heimatschutzkonzeptes wie auch der Cyberreserve ein.
- **Bundeswehr im Innern:** Gegen terroristische Bedrohungen, zur Grenzsicherung und beim Angriff auf kritische Infrastruktur fordern wir den Einsatz der Bundeswehr im Innern über die bereits bestehenden Möglichkeiten hinaus. Die Bundeswehr muss auch präventiv helfen können, damit sich eine terroristische Gefahr gar nicht erst realisiert. Wir fordern eine explizite Verankerung im Grundgesetz, um unseren Soldatinnen und Soldaten rechtliche Klarheit zu garantieren. Wir setzen uns zudem für eine Eilkompetenz der Bundesministerin der Verteidigung ein, um im Katastrophenfall schnellstmöglich handlungsfähig zu sein.

gez. Florian Hahn MdB

ASP Landesvorsitzender